Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Amtsblatt

Postscheckkonto: Leipzig, 21548. Girokasse Riesa Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

№ 173. Mittwoch, 28. Juli 1920, abends. 73. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postschalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 30 Pf. Feste Lariff. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Bekanntmachung über die Aufhebung der Ankaufsbescheinigungen für Ferkel.

I. **Die Bestimmungen über die Ankaufsbescheinigungen für Ferkel und Läuferschweine bis zu 25 kg Lebendgewicht werden aufgehoben.** Die Bekanntmachung über den Verkehr mit Nutz- und Zuchtvieh vom 27. Juli 1918 (Nr. 174 der Sächs. Staatszeitung) erhält daher folgende Veränderungen:

1. Der 2. Absatz des § 1 erhält folgende Fassung:

„Schweine über 25 kg Lebendgewicht dürfen nur an Mitglieder des Viehhandelsverbandes mit großer Ausweiskarte veräußert werden."

Ferner sind zu streichen:

2. In § 2 Abs. 1 der 3. Satz.
3. In § 3 der 2. Absatz.
4. In § 4 Abs. 3 die Worte: „für Schweine unter 25 kg Lebendgewicht".

II. Im Zusammenhange hiermit wird die Frist zur Anmeldung von Ferkeln zur Viehliste, soweit der Zugang durch Geburt erfolgt, von 1 Woche auf 3 Wochen ausgedehnt.

§ 2 der Bekanntmachung über Viehlisten vom 15. August 1918 (Nr. 190 der Sächs. Staatszeitung) erhält deshalb im 1. Satze folgenden Zusatz:

„Bei Zugang von Ferkeln durch **Geburt** ist die Anzeige binnen 3 Wochen zu erstatten."

III. Im übrigen bleiben alle sonstigen Bestimmungen für Ferkel und Läuferschweine bis zu 25 kg, insbesondere diejenigen über die Anmeldung dieser Tiere zur Viehliste, nach wie vor in vollem Umfange bestehen.

IV. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Dresden, am 26. Juli 1920. 1186 V A I. III

Wirtschaftsministerium, Landeslebensmittelamt. 3955

Zuckerkarten Reihe 18 betr.

Für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Großenhain einschließlich der revidierten Städte Großenhain und Riesa wird folgendes bestimmt:

1. Der neue Zuckerversorgungszeitraum erstreckt sich auf die Zeit vom **4. August bis 31. Oktober 1920.**
   a) Die Ausgabe der Zuckerkarten für die Einzelverbraucher erfolgt durch die bisherigen Ausgabestellen.
   b) Die Bezugskarten für die gewerblichen Betriebe werden **vom 30. Juli ab durch die Amtshauptmannschaft verausgabt.**
2. Es erhalten
   a) Kinder **im 1. und 2. Lebensjahre 2 Zuckerkarten über je 3 Pfd. Zucker,**
   b) **alle übrigen Personen** 1 Zuckerkarte über **3 Pfd. Zucker.**

Für die Berechnung des Alters zu a) ist **der 4. August 1920** maßgebend.

Für Betriebe erfolgt die Zuckerzuweisung in dem Maßstabe wie bisher.

Gesuche um Zuweisung von Zucker sind an die Amtshauptmannschaft zu richten.

3. Die **Zuckerkarte** und der **Bezugsausweis** sowie die **Bezugskarte** sind wie bisher **mit Name und Wohnung des Inhabers** und **Kleinhändlers** zu versehen. Die Bezugskarten und Ergänzungszuckerkarten sind **sofort** bei der Belieferung zu entwerten.

4. Die Abholung des Zuckers auf die Zuckerkarten, Bezugskarten und Ergänzungszuckerkarten für den Versorgungszeitraum vom 4. August bis 31. Oktober 1920 beim Kleinhändler muß restlos bis zum **20. Oktober** erfolgen. Den Kleinhändlern ist in der Zeit **vom 21. bis 31. Oktober 1920 der Verkauf von Zucker,** abgesehen von der Ausnahme des folgenden Absatzes, **untersagt.**

Militärurlauber- und Binnenschiffer-Zuckerkarten sind durch den Kleinhändler auch in der Zeit vom **21. bis 31. Oktober 1920 ohne Einschränkung zu beliefern.**

5. Zuwiderhandlungen werden nach der Bundesratsverordnung vom 17. Oktober 1917 bestraft. Diese Strafbestimmungen erleiden auch gegenüber denjenigen Anwendung, die sich mehr Bezugs- oder Zuckerkarten verschaffen, als ihnen nach den Vorschriften dieser Bekanntmachung zustehen.

Großenhain, am 27. Juli 1920.

968 c III. **Der Kommunalverband.**

Abschluß von Kaufverträgen über Brotgetreide, Gerste und Hafer vor der Trennung der Früchte vom Boden betreffend.

Nach § 4 der Reichsgetreideordnung über die Ernte 1920 vom 21. Mai 1920 — Reichsgesetzblatt Seite 1027 folgende — dürfen **vor Trennung der Früchte** vom Boden Kaufverträge über **Brotgetreide, Gerste und Hafer** oder andere auf Veräußerung oder Erwerb von Getreide der gedachten Arten gerichtete Verträge nicht abgeschlossen werden, **wenn nicht der Kommunalverband schriftlich seine Zustimmung erklärt hat.**

Unter das Verbot fallen auch Veräußerungen im Wege freiwilliger Versteigerungen sowie Pacht-, Miet- und sonstige Verträge, die eine Umgehung dieses Verbotes bezwecken. Alle Verträge dieser Art, die vor Inkrafttreten der Reichsgetreideordnung, also vor dem 21. Mai 1920 abgeschlossen sind, sind nach § 4 Absatz 2 a. a. O. nichtig.

Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden gemäß § 80 Absatz 1 Ziffer 2 der Reichsgetreideordnung mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft, sofern nicht die Voraussetzungen für eine schwerere Bestrafung nach § 81 a. a. O. vorliegt.

Großenhain, am 23. Juli 1920.

843 c I. **Der Kommunalverband.**

Betriebsspeisefettkarten betr.

Nachdem die Zwangsbewirtschaftung der Margarine vom 1. August lfd. Js. ab aufgehoben worden ist, werden **Speisefettkarten für Betriebe (Bäckereien, Konditoreien, Gastwirtschaften)** nicht mehr ausgegeben. Diese Betriebe haben vielmehr die erforderlichen Mengen sich im freien Verkehr zu beschaffen.

Großenhain, am 26. Juli 1920.

612 b III. **Der Kommunalverband.**

Anlieferung von Getreide zur Reinigung in Mühlenbetrieben.

Die Anlieferung von Brotgetreide, Gerste und Hafer in einem Mühlenbetrieb lediglich zur Reinigung ist nur mit besonderer vorher einzuholender Erlaubnis des Kommunalverbandes zulässig.

Landwirte die Brotgetreide, Gerste und Hafer in einem Mühlenbetriebe reinigen lassen wollen, haben in den deshalb an den Kommunalverband einzureichenden Gesuchen anzugeben:
1. Name des anliefernden Besitzers,
2. des Mühlenbetriebs, in dem die Reinigung erfolgen soll,
3. Art und Menge der anzuliefernden Vorräte.

Die Erteilung der Genehmigung erfolgt durch Ausstellung eines Ausweises, dessen äußere Gestaltung der der Mahl- und Schrotkarten gleicht.

Mühlenbetriebe dürfen Brotgetreide, Gerste und Hafer von Landwirten zur Reinigung nur in den Mengen annehmen, die durch einen gleichzeitig ausgehändigten ordnungsmäßig ausgestellten Ausweis belegt werden.

Die Mühlenbetriebe haben diese Ausweise wie Mahl- und Schrotkarten zu behandeln. Die Bestimmungen der Bekanntmachung des Kommunalverbandes finden deshalb auf diese Ausweise sinngemäße Anwendung. Insbesondere sind auch die bei Mahl- und Schrotkarten vorgeschriebenen Gewichtseintragungen und Bescheinigungen, sowie Eintragungen in die Lagerbücher vorzunehmen.

Zuwiderhandlungen werden auf Grund von § 80 Absatz 1 Ziffer 12 der Reichsgetreideordnung mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 50 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Der Versuch ist strafbar. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Vorräte erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, soweit sie nicht gemäß § 72 der Reichsgetreideordnung für verfallen erklärt worden sind.

Großenhain, am 23. Juli 1920.

844 a I. **Der Kommunalverband.**

Verarbeitung von Gerste und Hafer für Selbstversorger.

Auf Grund § 64 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 — Reichsgesetzblatt Seite 1027 folgende — wird für den Bezirk des Kommunalverbandes Großenhain folgendes bestimmt:

1. Trotz der Beschlagnahme dürfen Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe von ihrem selbsterbauten Getreide in der Zeit vom 16. August 1920 bis 15. August 1921
   a) zur Ernährung der Selbstversorger auf den Kopf an Gerste und Hafer monatlich je 5 kg verbrauchen,
   b) an das im Betriebe gehaltene Vieh die vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft mit Zustimmung des Reichsrates noch festzusetzenden Mengen Gerste und Hafer verfüttern; diese dürfen nur in gedroschenem Zustande verfüttert werden, soweit der Kommunalverband nicht Ausnahmen gestattet.

Gerste und Hafer darf nur auf Grund von Erlaubnisscheinen (Mahl- bez. Schrotkarten zu Mehl, Schrot, Grieß, Grütze, Graupen und ähnlichen Erzeugnissen) verarbeitet werden.

2. Die Anträge auf Ausstellung von Mahl- und Schrotkarten sind bei der Ortsbehörde zu stellen. Letztere haben die Zahl der Selbstversorger und der in Betracht kommenden Viehstücken und das Vorhandensein selbsterbauter Früchte zu bescheinigen und die Anträge an die Amtshauptmannschaft einzureichen.

3. Die Mahl- und Schrotkarten können jedesmal nur für die Menge ausgestellt werden, die zur Schaffung eines Vorrates für höchstens 2 Monate und nur im Falle dringenden Bedürfnisses mit besonderer Genehmigung des Kommunalverbandes für höchstens 4 Monate nötig sind; sie sind gültig nur innerhalb der auf ihnen vermerkten Fristen, die nicht länger als 4 Monate laufen dürfen.

Will ein Selbstversorger seinen Verbrauch vorübergehend einschränken, um später entsprechend größere Mengen verbrauchen zu können, so darf er seine Ersparnisse nicht in Körnern, sondern muß sie in Erzeugnissen (Mehl, Schrot usw.) aufbewahren. Ersparnisse in Körnern können bei Revisionen nicht als solche anerkannt werden.

4. Die Verarbeitung darf nur in dem Betriebe erfolgen, der auf den Mahl- und Schrotkarten bezeichnet ist. Ein Wechsel des Betriebes ist nur mit vorheriger Zustimmung des Kommunalverbands zulässig.

Die Verarbeitung auf eigner Schrotmühle im eignen landwirtschaftlichen Betriebe ist grundsätzlich nicht gestattet. Die Schrotmühlen haben nach wie vor versiegelt zu bleiben.

5. Die Mühlen dürfen Gerste und Hafer von Unternehmern nur zum Zwecke sofortiger Verarbeitung und nur in den Mengen annehmen, die durch eine ihnen vorher oder gleichzeitig ausgehändigte ordnungsmäßig ausgestellte Mahl- oder Schrotkarte belegt sind.

Bei Herstellung von Gerstenmehl für Selbstversorger hat die Ausmahlung wie bisher 85 Prozent zu erfolgen.

6. Die Mühlen dürfen Gerste und Hafer oder daraus hergestellte Erzeugnisse des Inhabers oder Leiters des Betriebes nur in den zum Mühlenbetriebe gehörenden Räumen und in den Mengen lagern, für die ordnungsmäßig ausgestellte Mahl- oder Schrotkarten vorliegen.

7. Aufträge zur Vermahlung von Teilen der auf den Mahl- und Schrotkarten verzeichneten Mengen dürfen die Mühlen nur annehmen, wenn der Auftraggeber gleichzeitig **schriftlich** auf die Verarbeitung des Restes verzichtet; weiter dürfen die Mühlen die hergestellten Erzeugnisse nicht in Teillieferungen zurückgeben.

8. Die Ablieferung von Gerste und Hafer und die Abholung von Erzeugnissen bei den Mühlenbetrieben, sowie die Verarbeitung von Brotgetreide und Gerste an Sonn- und Feiertagen, sowie zur Nachtzeit ist nur mit vorheriger Zustimmung des Kommunalverbandes gestattet, die nur für den Einzelfall erteilt werden kann.

9. In den Mühlenbetrieben sind die Früchte bei der Anlieferung und die Erzeugnisse bei der Ablieferung genau zu verwiegen.

10. Der Unternehmer hat vor der Beförderung des Getreides zur Mühle an dem die Früchte enthaltenden Sacke einen Anhängezettel anzubringen, auf dem der Name des Eigentümers, sowie die Bezeichnung und das Gewicht des Inhalts des Sackes vermerkt ist.

Der Anhängezettel besteht aus 2 Abschnitten, von denen der eine (obere) in der Mühle verbleibt, während der andere (unten) vom Müller mit dem eingetragenen Mahlergebnisse zu versehen und an dem das Mahlgut enthaltenden Sacke anzubringen ist.

Vordrucke hierzu sind von der Amtshauptmannschaft zu beziehen.

Die Mühlen dürfen Gerste und Hafer nur annehmen, wenn die Säcke sämtlich mit den vorgeschriebenen Anhängezetteln versehen sind.

11. Die **Mahl- und Schrotkarten** bestehen aus je 2 Abschnitten. Der Müller hat sofort nach Empfang des Getreides auf beiden Abschnitten der Mahl- und Schrotkarte den von ihm durch Wiegen festgestellten Sackinhalt zu bescheinigen und nach erfolgter Ausmahlung das Ergebnis an Mehl, Kleie, Abfall und Schwund, Grütze, Graupen usw. einzutragen. **Abschnitt 1 ist von ihm aufzubewahren, Abschnitt 2 dem Unternehmer mit dem Mahlerzeugnis zurückzugeben.**

Die Mühlen haben die gesamte Ausbeute der Vermahlung einschließlich Kleie und Abfall an den Auftraggeber abzuliefern, auch wenn dieser dies nicht ausdrücklich verlangt haben sollte.

12. Die Mühlenbetriebe haben ein Mahl- und Lagerbuch nach vorgeschriebenem Muster zu führen, in das die Eingänge an Getreide und die Ausgänge an Mahlerzeugnissen, sowie das Ergebnis der Mahlung täglich einzutragen sind.

Der Ueberbringer des Getreides und der Abholer der Mahlerzeugnisse hat in dem Mahlbuch die Eintragungen zu bescheinigen und ist neben dem Müller für ihre Richtigkeit verantwortlich.

13. Abschriften der Mahlbucheinträge sind vom Müller mit den Abschnitten 1 der Mahl- und Schrotkarten am Schlusse jeden Monats bis **spätestens zum 4. des folgenden Monats** an die Wirtschaftsstelle des Kommunalverbandes einzureichen.

14. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehende Bekanntmachung werden auf Grund von § 80 Absatz 1 Ziffer 12 der Reichsgetreideordnung mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Vorräte oder Erzeugnisse erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, soweit sie nicht gemäß § 72 der Reichsgetreideordnung für verfallen erklärt worden sind.

Wenn infolge polizeilicher Untersuchung von Gerste und Hafer oder daraus hergestellten Erzeugnissen eine rechtskräftige strafrechtliche Verurteilung eintritt, fallen dem Verurteilten die durch die polizeiliche Untersuchung erwachsenen Kosten zur Last. Diese sind zugleich mit den Kosten des gerichtlichen Verfahrens festzusetzen und einzuziehen.

Der Kommunalverband kann einem landwirtschaftlichen Unternehmer, der sich in der Beobachtung der vorstehenden Vorschriften unzuverlässig erwiesen hat, das Recht der Selbstversorgung entziehen. Die Entziehung ist stets für den ganzen Rest des Wirtschaftsjahres auszusprechen.

Gegen die Verfügung ist Beschwerde zulässig. Ueber dieselbe entscheidet die Kreishauptmannschaft endgültig. Die Beschwerde bewirkt keinen Aufschub.

Großenhain, am 23. Juli 1920.

843 b I. **Der Kommunalverband.**

Donnerstag, den 29. Juli 1920, nachmittags 2 Uhr findet im **Stadtpark** die

Grummetversteigerung

statt. Desgleichen anschließend (gegen 4 Uhr) **Grummetversteigerung auf dem Kaiser-**

Wilhelm-Plane. Bedingungen werden vor der Versteigerung bekannt gegeben. Treffpunkt: Festplatz. Kleingeld ist mitzubringen.

Der Rat der Stadt Riesa, am 26. Juli 1920. Schmn.

Bezirksarbeitsnachweis Großenhain, Nebenstelle Riesa.

Kaiser-Franz-Joseph-Straße Nr. 17. Tel. Nr. 40.

Offene Stellen für: 3 Burschen 14—16 Jahre zur Landwirtschaft, 1 Installationsschlosser über 25 Jahre, 15 Zimmerleute, 10 Maurer, 1 Burschen von 14—16 Jahren für Bäckerei, 1 Fräulein als Kindergärtnerin über 20 Jahre mit Familienanschluß, mehrere landwirtschaftliche Dienstmägde mit und ohne Stallarbeit.

Zuckerkartenausgabe Freitag, den 30. Juli von 5—7 Uhr nachmittags bei den Ausgabestellen.

Weida bei Riesa, am 28. Juli 1920. **Der Gemeindevorstand.**

Deutscher Reichstag.

wtb. Berlin, 27. Juli.

Auch heute sind Haus und Tribünen stark besetzt.

Die Interpellation Dr. Fleischer usw. über die Unterstellung verschiedener Ortschaften Westpreußens unter polnische Oberhoheit wird zunächst verhandelt.

Reichsminister Dr. Simons erklärt sich bereit, die Interpellation innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist zu beantworten. Dann wird die

Besprechung der Konferenz von Spa

fortgesetzt. Zur Ergänzung seiner gestrigen Ausführungen über die Auslegung der Ehrenbezeigung vor der französischen Fahne erklärt Reichsminister Dr. Simons, er habe die Reichswehr nicht verletzen wollen. Seine Ausführungen seien mißverstanden worden. Er habe nur die unangebrachte Adjustierung der Truppe, z. B. Mütze statt des Helmes, im Auge gehabt.

Abg. **Stampfer** (Soz.)

spricht sich in großen Zügen zustimmend zu den gestrigen Ministererklärungen aus. Regierung und Reichswehr haben aber ebenso wie in Spa auch bei den letzten Vorkommnissen, welche der Minister anführte, versagt. Vielleicht werde das Reichswehr bei der Reichswehr noch öfter versagen, wenn es sich um die Verhaftung der Kapp-Putschleute handele. Die französischen Imperialisten hätten sich anscheinend vorgenommen, alle Dummheiten nachzumachen, welche seinerzeit die deutschen Imperialisten begangen hätten. Gegen die Methode von Spa sei zu protestieren und die Dolmetschertätigkeit Fochs sei zu verurteilen, wie er seinerzeit die Tätigkeit des Generals Hoffmann in Brest-Litowsk verurteilt habe. Was in Spa verlangt wurde, bedeute eine Vernichtung des Friedensvertrages und einen neuen Krieg. Daß in der Entwaffnungs- und Kohlenfrage die Bedingungen von Spa erfüllt werden müßten, sei wahr. Die Arbeiter wollen dem auch entsprechen in der Ueberzeugung, dadurch dem Allgemeinwohl zu dienen. Redner kommt dann auf die Sozialisierung zu sprechen und verlangt dabei eine zweckmäßige Anpassung der Kapitalisten an diese Idee, damit keine Störung der Betriebe erfolge. Die Sozialisierung des Ruhrgebietes werde auf Frankreich sofort zurückwirken. Der Kampf in Rußland sei der Zusammenprall der kapitalistischen Weltmächte und der bolschewistischen Ideen. Deutschland müsse neutral bleiben, nicht aus politischer, sondern aus sozialer Veranlassung. Auch seine Partei gehe mit der bestimmten Hoffnung nach Genf zum internationalen Sozialistenkongreß, dort kein Paria zu sein. Er hoffe, daß auch Deutschland bald diese Rolle nicht mehr zu spielen brauche.

Abg. **Dr. Breitscheid** (Unabh. Soz.):

Ob Spa ein Erfolg gewesen sei oder nicht, sei unwesentlich. Wir haben den Krieg verloren. Das scheint man noch nicht genau zu wissen, daher Versailles und Spa. Die Herren, die vor sechs Jahren leichtfertig den Krieg heraufbeschworen hätten, seien schuldig an unserem Unglück. Mitschuldig seien auch diejenigen, die das sechs Jahre lang mit geduldet hätten. (Protest bei den Sozialdemokraten.) Seine Partei habe von Spa nichts besonderes erwartet; sie sei nur auf der Hut gewesen, daß nicht etwa den Arbeitern noch mehr Lasten aufgebürdet würden. Aber Spa sei noch nicht die letzte Instanz. Wenn Minister Simons im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten die Ansicht ausgesprochen habe, es werde mit der Reduzierung der Reichswehr wohl nicht so schlimm werden, denn in sechs Monaten könne sich viel ereignen, so frage er nochmals, was damit gemeint sei. Jedenfalls warne er vor jedem Versuch, den Wünschen der Entente zu entschlüpfen. Redner wendet sich gegen die Massierung von Truppen in Ostpreußen und hofft, daß diese Truppen nicht andere Auffassungen von Neutralität haben, als die Regierung. Jedenfalls werde die Arbeiterschaft irgendwelche Unternehmungen gegen Sowjetrußland nicht zulassen, dem er in dem harten Kampfe um die Früchte der Revolution die Grüße der deutschen Brüder zurufe. (Lärm.) Die früheren deutschen Regierungen haben leider den Kampf gegen Rußland durch Waffenlieferungen und Duldung von Werbungen unterstützt. Hoffentlich wird die Entente nicht hierin einen Präzedenzfall erblicken und Forderungen an uns stellen. Jedenfalls wird die Regierung sich dann nicht einschüchtern lassen. Er danke dem Minister Simons für seine verständigen Worte über Rußland und hoffe, daß er sich mit seiner Auffassung durchzusetzen vermöge. Redner polemisiert gegen das Verhalten des Herrn Stinnes in Spa, dessen Ton die Stimmung der Entente gegen uns beeinflußt habe. Redner fragt, ob Maßnahmen getroffen worden seien, welche den Arbeitern die Lebensmittel garantieren und was gegen die Kohlenverschiebungen getan sei. Er sieht in der Sozialisierung das beste Mittel, die Arbeitsfreudigkeit und Energie des Arbeiters zu wecken. Gegen das Ergebnis von Spa wolle er nichts sagen, aber gegen die Methoden, welche die Regierung dort in der Frage der Entwaffnung befolgte, müsse er sich aussprechen. Deshalb könne er der Regierung kein Vertrauen bekunden.

Reichsminister Dr. Simons:

Der Vorredner habe einen Unterschied in der Stellung zum Bolschewismus zwischen ihm und dem Reichskanzler konstruiert. Wenn der Reichskanzler von notwendigen Truppenansammlungen gegen den Bolschewismus gesprochen habe, so habe er damit nicht die Idee des Bolschewismus gemeint, sondern nur die Truppen an der Grenze. Material über die Reichswehrangelegenheiten sei in Spa weder vom Reichskanzler, noch von ihm, noch von General von Seeckt der Entente zugänglich gemacht worden. Im übrigen wolle er konstatieren, daß in seinem Ressort seine Ansichten maßgebend seien und daß er stark genug sei, ihnen Geltung zu verschaffen, sonst werde er gehen. Zur Neutralitätsfrage gegenüber Rußland bemerke er, wir seien nicht so ohnmächtig, daß wir nicht noch um uns schlagen könnten. Aber eine Neutralität, welcher man nicht Achtung verschaffe, sei keine Neutralität, daher die Truppenansammlungen in Ostpreußen. Der angehaltene polnische Zug hat tatsächlich Kriegsmaterial an Bord gehabt und ist nach Coblenz zurückgesandt worden. Es sind auch weder deutsche Offiziere nach Warschau abgereist, noch Deutsche im russischen Heere tätig. Zu seiner heutigen Erklärung in der Fahnenaffäre wolle er bemerken, daß es nicht beschämend sei, einen einmal gemachten Fehler einzugestehen. Im übrigen wolle er ausdrücklich feststellen, daß die Regierung Gewaltanwendung, von welcher Seite sie auch kommen möge, mit ganzer Kraft niederschlagen wird. Der Minister nimmt sodann Herrn Stinnes gegen die Insultationen des Herrn Breitscheid in Schutz. Den Ideen des Bolschewismus müsse er widersprechen, der Bolschewismus sei aber augenblicklich eine Macht, mit welcher man jetzt rechnen müsse. Aber im Innern seien die Verhältnisse jetzt anders geworden. Die Rätediktatur sei schon vorüber. Sozialismus sei etwas ganz anderes, es sei Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. (Heiterkeit links. Beifall.)

Abg. **Dr. Spahn** (Ztr.)

scheint sich zustimmend zu den Erklärungen des Ministers auszusprechen, bleibt aber im einzelnen auf der Tribüne unverständlich.

Abg. **Hölzsch** (deutschnat.)

meint, die Ergebnisse von Spa seien für seine Partei keine Enttäuschung gewesen, wohl aber die gestrige Rede des Ministers Simons, welcher auch der kleinste Funke nationalen Empfindens gefehlt habe. Mit drei Verpflichtungen war die Delegation nach Spa gegangen: 1. Würde und nationale Festigkeit festzuhalten; 2. Auf keinen uns zustehenden Rechtstitel zu verzichten; 3. Nichts Unerfüllbares zuzusichern. Was ist nun daraus geworden? Die Berichterstattung des WTB. hat es so dargestellt, als seien weltgeschichtliche Fortschritte dort erzielt worden. Es sei ein Auf-den-Kopf-stellen der Tatsachen. Daß man uns im Ausland nicht mehr ganz ernst nimmt, nachdem wir erst die Forderungen als unmöglich bezeichnet und nachher doch angenommen hätten, sei klar. Die einzigen, die stark geblieben seien, waren die Herren Stinnes und Hue. Im übrigen entsprach die Delegation den Forderungen unserer nationalen Würde nicht. Der Einmarsch ins Ruhrgebiet wäre ein Rechtsbruch gewesen. Wenn die Delegation dieser Auffassung nicht entsprechenden Nachdruck verliehen habe, sondern nur die Unterzeichnung im Protokoll ablehnte, so verstreiche sie auch gegen ihre zweite Aufgabe. An die technische Erfüllbarkeit der Entwaffnungsvorschriften glaube er nicht. In der Kohlenfrage sei Unmögliches zugesichert worden. Auch sei über mangelhafte Statistik geklagt worden. Das habe in Spa den schlechtesten Eindruck gemacht. Redner führt Beispiele dafür an, daß rund 25 Prozent der industriellen Betriebe zur Stillegung gebracht werden müßten, wenn das Kohlenabkommen in Kraft träte. Die fünf Goldmark seien als ein Almosen anzusehen. Von der Genfer Konferenz erwarte er ebenfalls nichts. Mit dem Bolschewismus sei es aus. Er glaube nicht an den Einmarsch in das Ruhrgebiet. Die Delegation hätte festbleiben müssen. Seine Partei lehne die Billigung dieses Verhaltens ab, und fordere die Revision des Friedens von Versailles. Redner kritisiert die Stellungnahme des Außenministers zu den auswärtigen Staaten. So stehen z. B. die humanitären Bestrebungen in Amerika in gar keinen Beziehungen zu der dortigen Regierung. Mit der Neutralitätserklärung im Osten sei er einverstanden. Die ungeheuren Leistungen Rußlands ständen nur auf dem Papier. Die Zurückdrängung Polens auf seine ethnographische Basis sei zu begrüßen. Redner schließt mit dem Hinweis, daß nur eine rationelle Wirtschaftspolitik dem Vaterlande helfen könne und appelliert an die Regierung, diese durchzuführen.

Reichskanzler Fehrenbach:

Die Rede des Abg. Hölzsch war so aufgebaut, als sei sie am 27. Juli 1914 gehalten worden, nicht jetzt, wo die Tage von Versailles und Spa da waren. Wie hätten wir wohl auf unserem Kopf bestehen bleiben sollen? Auch an unserem guten Willen und Glauben an unseres Vaterlandes Zukunft hat der Vorredner gezweifelt. Der Außenminister habe als ehrlicher Mann gesprochen, wie die Verhältnisse liegen. Da sei es doppelt schmerzlich, solche Worte und Vorwürfe anhören zu müssen. Das Parlament könne dem Minister nur dankbar sein, daß er frei und offen alle Fragen der auswärtigen Politik besprochen und damit bewiesen habe, daß nichts verheimlicht werden solle. Diese Art würde allmählich im deutschen Volke mehr Verständnis finden und auch im Auslande nicht unbeachtet bleiben. In der militärischen Frage sei tatsächlich die Entente am Vorabend der Konferenz in Brüssel erst schlüssig geworden, in dieser Angelegenheit zu verhandeln, im übrigen sei es aber der Entente selbst bis zu Beginn der Verhandlungen sehr lieb gewesen. Am Dienstag haben wir dann auseinandergesetzt, daß wir die Entwaffnung nicht vornehmen können, wenn gleichzeitig die Reichswehr reduziert werde, und dabei habe er gleichzeitig über die bolschewistische Frage im Osten gesprochen, ohne ein Urteil über den Bolschewismus selbst sich anzumaßen. Wenn der Vorredner uns vorwirft, wir hätten die nationale Würde und Festigkeit verletzt, so habe er sich die Sache sehr leicht gemacht. Der Vorwurf, wir hätten Rechtstitel aufgegeben, auf die wir nicht hätten verzichten dürfen, trifft nicht zu. Die Entente hat ausdrücklich erklärt, es komme gar nicht darauf an, ob wir in der Besetzungsfrage unterschreiben wollten oder nicht. Damit hätten wir uns also doch nichts vergeben. Auch in der Kohlenfrage seien wir fest geblieben bis zuletzt. Unsere Unterschrift schließe außerdem den Artikel 7 vollständig aus. Der dritte Vorwurf, wir hätten Unerfüllbares unterschrieben, sei schwer zu beantworten, da man über den Begriff unerfüllbar verschiedener Ansicht sein könne. Die Entwaffnung müsse bis 1. September erledigt sein, und hierzu muß das ganze Volk mithelfen. Schwierigkeiten bieten alle diese Fragen, aber unerfüllbar seien sie nicht. Mit der Kohlenfrage sei es nicht anders. Zur Ehrenhaftigkeit der Alliierten müssen wir das Vertrauen haben, daß uns aus Oberschlesien 3—400 000 Tonnen zukommen könnten. Was hätten wir erreicht, wenn wir fest geblieben wären und die Franzosen ins Ruhrgebiet einmarschierten und die gesamte deutsche Industrie lahmlegten? Schließlich wären die Arbeiter den Lockungen der Entente doch gefolgt, und dann wäre Süddeutschland auf Kosten Norddeutschlands mit Kohlen gefüttert worden und damit der Zwiespalt großgezogen, den die Franzosen so gern wollten. Die Delegation sehe dem Urteil des Hauses gern entgegen. Wir sind gern bereit, den Vorredner oder einen seiner Freunde nach Genf zu schicken. Vielleicht wird ihnen dort zum Bewußtsein kommen, daß sie zu einem geschlagenen Volke gehören und statt zu befehlen verhandeln müssen. Unsere Kritik werden sie sich dann freilich auch gefallen lassen müssen. (Beifall.)

Nach Genehmigung einer Reihe kleiner Vorlagen vertagt das Haus die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr; außerdem Interpellationen wegen des Reichseinsterstreifens.

Schluß 7½ Uhr.

Eine Konferenz in Boulogne.

Ankunft Millerands und Lloyd Georges in Boulogne.

tu. Basel, 28. Juli.

Millerand ist in Boulogne eingetroffen; in seiner Begleitung befanden sich der Finanzminister Marsal, Marschall Foch, General Destiter und Ministerialdirektor Berthilot. Millerand und seine Begleiter begaben sich zum Hafen, um Lloyd George an der Landungsbrücke zu empfangen, der auch bald darauf in Begleitung des Ministers des Aeußern Lord Curzon, Sir Worintons, Evans sowie einer Reihe anderer Persönlichkeiten in Boulogne eintraf.

Der „Temps" vom Dienstagabend schreibt zur Konferenz von Boulogne: Wir hoffen aufrichtig, daß Frankreich nicht zwischen einer Politik Englands und einer Politik der Vereinigten Staaten zu wählen haben wird. Wenn aber, was wir nicht wünschen, eine solche Wahl erfolgen müßte, dürfen wir die triftigen Gründe, die uns den Vereinigten Staaten nähern, nicht vergessen. Die Vereinigten Staaten sind sich, wie wir, bewußt, daß eine große Demokratie, wie die unsrige, ihre Grundsätze und Einrichtungen verleugnet, wenn sie wegen angeblich materiellen Vorteils mit einem Regime paktiert, das die Verneinung dieser demokratischen Doktrine darstellt. — In gut informierten Kreisen nimmt man an, daß die vom „Temps" wiedergegebene Meinung die Ziele Millerands in Boulogne wiederspiegelt.

Die Alliierten zur russisch-polnischen Frage.

In London verlautet, daß bei der Zusammenkunft Millerands mit Lloyd George in Boulogne die russisch-polnische Frage besprochen werden soll. Italien stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es erforderlich sei, die Moskauer Regierung sofort anzuerkennen. Auch Belgien wünscht die Regelung der russischen Frage, stehe aber hinsichtlich der russischen Vorkriegsschulden auf dem Standpunkt Millerands. Eine Teilnahme Amerikas, Japans und der Randstaaten an der Boulogner Konferenz wird als erwünscht bezeichnet.

Die Pariser Blätter sind sehr schlecht auf die unerwartete Konferenz zwischen Millerand und Lloyd George zu sprechen und warnen vor Uebereilung. Sie sehen ein, daß Frankreich sich nicht abseits halten kann, dringen aber andererseits darauf, daß der Sowjetregierung Bedingungen gestellt werden, u. a. die Anerkennung der russischen Schulden sowie die Verpflichtung, nach dem demokratischen Prinzip auch das Volk zu Rate zu ziehen. Daß das russische Oberkommando die polnischen Parlamentäre erst am 30. Juli erwartet, erweckt Mißtrauen.

Eine weitere Pariser Meldung besagt: In Pariser politischen Kreisen verhält man sich gegenüber der russischen Bereitwilligkeit zu Friedensverhandlungen abwartend und steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß Rußland erst die Vorkriegsschulden anerkennen müsse, ehe Frankreich an einer Friedenskonferenz teilnehmen könne. Millerand werde seine Entscheidung erst dann treffen, wenn die in Warschau weilenden englischen und französischen Missionen über die Lage berichtet hätten.

Vertrauensvotum für das Kabinett?

Die Blockparteien im Reichstag haben einen Antrag eingebracht, der dem Kabinett Fehrenbach das Vertrauen des Hauses ausspricht. Daraufhin beabsichtigt die Deutschnationale Volkspartei, einen Gegenantrag zu stellen, der sowohl das Ergebnis von Spa als auch die Haltung der deutschen Delegation als nicht befriedigend bezeichnet.

Laut „Vossischer Zeitung" haben die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten im Reichstage folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag würdige die Gründe, aus denen die Reichsregierung die Abmachungen in Spa unterzeichnet hat und erwartet von allen Beteiligten ohne Unterschied, daß sie, was in ihren Kräften steht, rückhaltlos tun, um die Reichsregierung bei der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu unterstützen.

Eine schlechte Ernte?

Aus Berlin berichtet man uns:

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsminister der süddeutschen Länder haben dieser Tage in einer in Würzburg gefaßten Entschließung Richtlinien für und gegen die Beibehaltung der Zwangswirtschaft aufgezeigt, von denen sie wünschen, daß sie vom Reichsernährungsministerium voll berücksichtigt werden, widrigenfalls die süddeutschen Landesregierungen selbständig im Sinne ihrer Entschließung vorzugehen sich vorbehalten. In der Hauptsache besteht nun freilich Uebereinstimmung zwischen diesen süddeutschen Ministern und dem Berliner Zentralressort, namentlich hinsichtlich der Beibehaltung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide, Milch und Butter. Ueber Kleinvieh und Fett dürften hingegen noch Meinungsverschiedenheiten auszugleichen sein. An Aenderung in der Getreidewirtschaft scheint in absehbarer Zeit nicht gedacht werden zu können, denn wir haben für jetzt hier mit der Wahrscheinlichkeit einer Mißernte zu rechnen. Von sachkundiger Seite wird in der „Deutschen Tageszeitung" dargelegt, daß in den uns verbliebenen Ostprovinzen der Roggen schlechte Körnerbildung zeigt und daß infolge sonnenarmer Witterung und starken Rostbefalles die erwartete schwache Mittelernte auf einen sehr schlechten Ernteausfall herabgedrückt ist. Die Reichsgetreidestelle wird auf Grund der Frühdruschergebnisse ja bald in der Lage sein, sich ein verläßliches Bild über den Ausfall der Brotgetreideernte zu machen, so daß, wenn sich die Notwendigkeit herausstellt, unverzüglich der gegenwärtige günstigere Valutastand zu Brotgetreideläufen im Ausland wird nutzbar gemacht werden müssen. Zu Besorgnissen, daß die Vorratsdecke für die Dauer des Verbrauchsjahres nicht ausreichen könnte, liegt wohl kein Grund vor. Denn erfahrungsgemäß liefert eine restlose Erfassung der vorhandenen Inlandsvorräte immer noch ansehnliche Mengen Getreide zutage. Auf die Gewißheit solcher Erfassung also kommt viel an, und der Fachmann der „Deutschen Tageszeitung" empfiehlt als besonders geeignet hierfür eine genügend hohe gesetzliche Bewertung des knappen Brotgetreides. Da muß doch geltend gemacht werden, daß der gegenwärtige Brotpreis eine weitere Erhöhung nicht verträgt. Es sind angeblich Erwägungen im Gange, die Brotration zu erhöhen. Davon wird man nun wohl Abstand nehmen. Wohl aber erscheint die Frage einer Gewährung von Reichszuschüssen der Prüfung wert, sei es auch nur, um eine neue unerträgliche Brotverteuerung hintanzuhalten. Auch die Hackfruchternte dürfte übrigens nur mittelmäßig werden.

Die Lebensmittelvorschüsse der Entente.

Als erste Auswirkung der in Spa getroffenen Vereinbarungen darf der Beschluß der Regierungen von England, Frankreich, Italien und Belgien betrachtet werden, Vorschüsse an Deutschland zu gewähren, die zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung der deutschen Bergleute dienen sollen. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist bereits dem Finanzausschuß der französischen Kammer überwiesen worden, und man kann annehmen, daß auch die übrigen genannten Regierungen in allernächster Zeit diesem Beispiel folgen. Damit wird der deutschen Regierung die Möglichkeit gegeben, auf neutralen, wie auch auf französischen, englischen, italienischen und belgischen Märkten Lebensmittel einzukaufen, deren Bezahlung durch die von diesen Regierungen gewährten Kredite gewährleistet wird. Diese Kredite werden wiederum gedeckt durch die bekannte Goldprämie auf unsere Kohlenlieferungen und durch den Weltmarktpreis, der uns für einen Teil dieser Lieferungen zugestanden worden ist.

Herabsetzung der Fleischpreise in Anhalt.

Einem Telegramm des „Berl. L.-A." aus Dessau zufolge, sind im Freistaat Anhalt die Fleischpreise beträchtlich herabgesetzt worden. Im Kreise Köthen sind derart viel überschlachtreife Schweine vorhanden, daß eine Sonderzuweisung von Fleisch an die Bevölkerung erfolgen kann.

SLUB
Wir führen Wissen.

Zur Verhaftung Dr. Dortens.

Das „Leipziger Tageblatt" meldet: Bei der Reichsanwaltschaft war bis gestern mittag nichts von der Entlassung Dr. Dortens bekannt. Die Angelegenheit ruht zur Zeit in den Händen des zuständigen Untersuchungsrichters, der darüber zu befinden hat, ob der Haftbefehl aufrecht erhalten werden kann oder ob Dorten frei zu lassen ist. Die amtlichen Stellen beobachten Stillschweigen, ob Dr. Dorten sich noch in Leipzig befindet oder nicht.

Nach einer Havasmeldung aus Mainz sollen die alliierten Vertreter die Auslieferung derjenigen Personen verlangt haben, die Dr. Dorten aus dem besetzten Gebiet entführt haben.

Der Rückzug der Polen.

Wie aus Warschau gemeldet wird, ziehen sich die Polen bei Beresteczko und westlich der Zalwa unter dem Druck der Roten Armee weiter zurück. Auch in der Gegend von Krzemienowolleznsk haben die Polen ihre Front infolge der bolschewistischen Angriffe abermals weiter zurücknehmen müssen.

Polnischer Heeresbericht vom 27. Juli: An der Nordfront toben heftige Kämpfe. Unsere Abteilungen mußten Sokolki aufgeben. Heftige Kämpfe fanden nördlich Czarna-Wies statt. Gleichzeitig setzte der Feind seine Angriffe auf der Linie Siemanowka fort. Westlich von Druczany spielen sich erbitterte Kämpfe ab. An der Chaussee Druczany-Mielsk verdrängte unsere Heeresgruppe die Bolschewisten über Dolgi. Bei Beresa-Kartuska fanden den ganzen Tag über heftige Kämpfe statt. Die feindlichen Angriffe wurden nicht nur abgeschlagen, sondern die Bolschewisten wurden nach Osten verdrängt. Im Polesie-Abschnitt wurde Pinsk geräumt. Südlich der Pripjet fanden keine ernsteren Kämpfe statt. Bei Brody suchten die Bolschewisten die gestrigen Erfolge auszunutzen, sie wurden jedoch abgewiesen und Sopurowieze wurde genommen. Südlich Brody wurde Majdan von den Bolschewisten gesäubert. Am Sereth und südlich des Zbrucz heftige Kämpfe.

Die russische Uebermacht.

Der Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph" drahtet aus Warschau: Gegen die Polen haben die Russen 36 Divisionen mit Kavallerie im Felde; außerdem steht ihnen eine große Reserve zur Verfügung, aus der sie etwaige Verluste sofort wieder gutmachen können. Die Polen dagegen haben keine Munition mehr. Die Armee ist geschwächt durch die andauernden Strapazen und hat den Vormarsch nach Warschau nicht aufhalten können. In acht Tagen sind die Russen wahrscheinlich in Warschau.

Lord Robert Cecil über den Völkerbund.

Lord Robert Cecil hatte eine Unterredung mit einem Vertreter des „Petit Journal", in der er sich über den Völkerbund aussprach. Er sagte, daß man jetzt in Bezug auf Rußland den von Europa seit 18 Monaten begangenen Irrtum einsehen müsse, den Frieden einzig und allein auf militärische Elemente gründen zu wollen, ohne sich um die wirtschaftlichen Beziehungen zu kümmern. Die Besetzung des Rheinlandes sei ein zweifelhaftes Glück für Frankreich. Man könne ein fremdes Land nicht auf die Dauer besetzen, ohne sich selbst zu schwächen. Amerika werde niemals in eine englisch-französisch-amerikanische Allianz einwilligen. Und auch England wolle nur ein festes Einvernehmen mit Frankreich. Im Völkerbunde müßten Deutschland und Amerika offiziell vertreten sein. Man könne Europa ohne Deutschland nicht wieder aufbauen. Amerika werde sich jedenfalls erst später dem Völkerbunde anschließen, wenn dieser ein festes Gebäude geworden sei.

Eine internationale Studentenorganisation.

Auf einer Konferenz von Studentenorganisationen aller neutralen Länder, die vom 22. bis 25. dieses Monats in Kopenhagen stattfand, wurde in erster Linie darüber beraten, welche Maßnahmen zu treffen seien, um die Zusammenarbeit der Studierenden aller Länder zu fördern. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der zunächst zur Erleichterung des internationalen Verkehrs der Studierenden aller Länder die Einführung einer Legitimationskarte mit Photographie vorgeschlagen und in der gefordert wird, den Gedanken einer internationalen Universität durchzuführen. Die Zusammenarbeit der Studierenden der neutralen Länder in allen internationalen Fragen wird als wünschenswert bezeichnet.

Weitere tschechoslowakische Truppentransporte.

Nach einer Meldung der Telegraphen-Union werden auf Grund bereits früher getroffener Vereinbarung noch weitere tschecho-slowakische Truppentransporte Deutschland passieren. Es handelt sich hierbei um Militär, welches seinerzeit in Rußland verwendet wurde und nun auf dem Umwege über Amerika, wo die Truppen neu eingekleidet werden, durch Deutschland in ihre Heimat zurückkehren. Am 30. Juli trifft in Hamburg ein japanischer Dampfer mit 180 Offizieren und 3500 Mann ein; ferner am 1. August der Dampfer „Valencia" mit 52 Offizieren und 600 Mann.

Wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten" aus Cöthen melden, passierten seit gestern früh mehrere Transportzüge, angeblich mit tschecho-slowakischen Truppen, in Richtung Halle—Leipzig—Dresden den Bahnhof Cöthen. Die Bahnarbeiter, die vermuteten, daß es sich um Ententetruppen für Polen handle, da die Soldaten in Khaki gekleidet waren, haben beschlossen, den weiteren Transport solcher Truppenzüge zu verhindern.

Angliederung Südtirols an Italien.

Wie die „Telegr.-Union" erfährt, steht die Angliederung Südtirols an Italien nahe bevor. Im italienischen Parlament wird darüber in den nächsten Tagen ein Gesetz eingebracht werden. Die Form der Angliederung ist jedoch schwierig zu finden. Die Deutschen Tirols verlangen vollständige Autonomie. Die tirolischen Italiener wollen sich jedoch von dem deutschen Gebiet nicht trennen, da sie fürchten, im anderen Falle den Fremdenverkehr zu verlieren.

Das italienisch-albanische Abkommen.

Wie Popolo d'Italia erfährt, ist das italienisch-albanische Abkommen geschlossen worden. Das unterzeichnete Abkommen umfaßt folgende Punkte: Italien überläßt Valona an Albanien. Die Stadt wird unter die direkte Herrschaft der Regierung von Tirana gestellt. Italien wird sich nicht mehr in die Zivilverwaltung von Valona einmischen, welche einzig dem Vertreter der albanischen Regierung übertragen wird. Für seine militärische Sicherheit erhält Italien die Insel Saseno, auf der es alle für seine maritime und militärische Sicherheit notwendigen Arbeiten vornehmen kann. Albanien willigt ferner darin ein, daß Italien die Punta Linguetta und die Punta de tre Porti vor Arta besetzt und befestigt. Auf diese Weise wird Italien den Hafen und die Stadt Valona militärisch beherrschen.

Sachsens künftige Elektrizitätsversorgung.

Ueber die Eindrücke, die der sächsische Finanzminister Dr. Reinhold bei seinem vorgestrigen Besuch der neu erschlossenen Braunkohlenfelder in Hirschfelde bei Zittau gewonnen hat, äußerte er sich einem Korrespondenten gegenüber wie folgt:

Der Besuch von Hirschfelde hat bei mir der festen Ueberzeugung Raum geschaffen, daß dieses Tagbau-Kohlenwerk mit seiner großzügigen Anlage für die Elektrizitätsversorgung **Sachsens** von ausschlaggebender Bedeutung sein wird. Das Unternehmen befindet sich zwar noch im Anfangsstadium und es wird infolge der Schwierigkeit der Materialbeschaffung noch einige Zeit dauern, ehe der Betrieb in vollem Umfange aufgenommen werden kann; immerhin darf schon jetzt gesagt werden, daß das Werk im Laufe des nächsten Jahres einigermaßen und im übernächsten Jahre voll in die Erscheinung treten wird. Für unser wasserarmes Land, das in dieser Beziehung so viel schlechter gestellt ist als z. B. Bayern, kann also gesagt werden, daß vom Jahre 1922 an in Hirschfelde ein Werk in voller Tätigkeit sein wird, das uns die billigste und beste Kraftquelle erschließt, die nur irgendwie erreichbar ist.

Da wir gleichzeitig mit aller Energie an die Erschließung der Kohlenwerke in Böhlen bei Leipzig herangehen, so wird dort ein Elektrizitätsunternehmen entstehen, das Westsachsen mit dem nötigen Strom versorgt. Wenn in der Zwischenzeit keine unerwarteten Störungen eintreten, so darf also damit gerechnet werden, daß vom genannten Zeitpunkte an durch beide Werke die ganze sächsische Industrie und die sächsische Landwirtschaft in weitgehendem Maße mit elektrischem Strom versorgt sein werden.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Forderungen der mitteldeutschen Bergarbeiter erfüllt. Aus Halle (Saale) wird gemeldet: Das Schiedsgericht der Bergleute des mitteldeutschen Bergarbeiterverbandes hat folgenden Schiedsspruch gefällt: Es wird eine Schichtlohnerhöhung von 3 Mark gewährt, ferner 1 Mark Kinderzulage und 1 Mark Hausstandszulage zu den bisherigen Sätzen. Damit sind die Forderungen der Bergarbeiter erfüllt worden. Die nächste Konferenz der Bergleute, die am Sonntag, den 1. August in Halle stattfindet, wird über die Annahme dieses Schiedsspruchs durch die Bergleute entscheiden. Wahrscheinlich wird er angenommen werden.

Schwarze Verbrecher. Der „Neunkirch. Volkszeitung" zufolge wurde ein Marokkaner dabei überrascht, wie er sich an einem 11jährigen Knaben verging. Es kam zu Tätlichkeiten, wobei der Marokkaner schlecht abschnitt. Zwischen einem marokkanischen Kameraden, den der Verbrecher herbeirief, und dem Publikum entwickelten sich gleichfalls Zwistigkeiten. Ein vorübergehender französischer Offizier, der gegen die Soldaten einschreiten wollte, wurde von diesen ebenfalls tätlich angegriffen.

Ueber die Entdeckung geheimer Waffenlager in Braunschweig wird noch gemeldet: In der Wohnung des Studenten Faust in Braunschweig wurden vier Maschinengewehre und 4000 Schuß Munition beschlagnahmt. Auch in Helmstedt wurden 125 Infanteriegewehre, zwei Maschinengewehre und eine große Menge Munition aufgefunden. Einige Personen in Helmstedt wurden verhaftet. Die Staatsanwaltschaft hat in allen Fällen eine Untersuchung eingeleitet.

Die Frage von Allenstein und Werder. Havas meldet aus Paris: Die Botschafterkonferenz beschäftigte sich gestern mit der Frage von Allenstein und Marienwerder, sie hat einen Ausschuß von Rechtsgelehrten damit beauftragt, einen Entwurf über die Maßnahmen vorzulegen, die infolge der Abstimmung notwendig werden. Die Verschiebung von Besatzungstruppen in dieser Gegend ist eingestellt.

Das Brandunglück in Braunschweig. Bei dem Großfeuer in der Aktien-Gesellschaft für Jute- und Flachsindustrie in Braunschweig sind, wie die Braunschweigische Landeszeitung meldet, die nebeneinanderliegenden Schuppen vollkommen niedergebrannt. Die Maschinen sind zerstört. Dem Eingreifen der Feuerwehr gelang es, das Direktionsgebäude, die Lager, das Kessel- und Maschinenhaus unversehrt zu erhalten.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 28. Juli 1920.

—* Eingaben gegen den Lohnabzug. Dem sächsischen Finanzministerium sind in letzter Zeit zahlreiche Gesuche um Abänderung oder Aufhebung der Bestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitseinkommen (Lohnabzug) zugegangen. Bei dem Steuerabzuge vom Arbeitseinkommen handelt es sich nicht um die Erhebung von Staatseinkommensteuer, sondern um die Erhebung der Reichseinkommensteuer. Ueber die Erhebung und Verwaltung der Reichssteuern haben aber ausschließlich die Reichssteuerbehörden zu befinden. Das sächsische Finanzministerium ist daher nicht in der Lage, auf die Gesuche und Eingaben gegen den Lohnabzug etwas zu verfügen. Alle den Lohnabzug betreffenden Gesuche und Eingaben sind vielmehr an die Finanzämter (Bezirkssteuereinnahmen), nach Befinden an die Landesfinanzämter Dresden und Leipzig oder an das Reichsfinanzministerium in Berlin zu richten.

—* Höchstpreise für Seife. Die mit Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums festgesetzten Preise für fetthaltige Waschmittel betragen bis auf weiteres für: 1 Stück reine Kernseife M. 5.—, 1 Doppelstück reine Kernseife M. 10.—, 1 Stück reine Feinseife M. 5.—, 1 Stück Rasierseife M. 2.50, 1 Stück K. A.-Seife M. 2.—, ½-Pfund-Paket Seifenpulver M. 3.50, 1-Pfund-Paket Seifenpulver M. 7.—. Diese Preise sind Höchstpreise. Die Seifen- und Seifenpulverpakete werden in Zukunft mit Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums ohne Preisaufdruck hergestellt.

— Die Tarifverhandlungen für die Landwirtschaft sind gescheitert! Die am Montag in Dresden für die Kreishauptmannschaft Dresden wieder aufgenommenen Tarifverhandlungen mit den Arbeitnehmervertretern sind gescheitert an den zu hohen Lohnforderungen. Die Arbeitnehmer verlangten als äußerste Forderung eine Lohnerhöhung von 50 Prozent bei Männerlöhnen, 75 Prozent bei Frauenlöhnen, 80 Prozent bei männlichem Gesinde, 100 Prozent bei weiblichem Gesinde. Ein unentgeltlich zu lieferndes Deputat für Männer im Werte von 44 Pfg. pro Stunde, für Frauen im Werte von 22 Pfg. pro Stunde war vorher von den Arbeitgebern zugesagt und bewilligt worden. Die Arbeitgeber sahen sich außerstande, die geforderten gewaltigen Lohnerhöhungen zu bewilligen unter Berücksichtigung der neuerdings erfolgten Herabsetzung der Getreidepreise und des in Aussicht gestellten weiteren Abbaues der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Sie erklärten sich trotz der Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage und trotz der bereits vom 1. Mai d. J. ab gewährten zirka 30 Prozent Lohnzulage bereit, eine weitere Lohnerhöhung von 25 Prozent zu den Stundenlöhnen der freien Arbeiter, und eine 30prozentige Erhöhung für das Gesinde zu bewilligen. Da der bisherige Tarif am 31. 7. 20 abläuft, hat die Tarifkommission beschlossen, die angeschlossenen Bezirks- bezw. Arbeitgeberverbände anzuweisen, vom 1. August an, auf alle bisher gewährten Löhne die eben erwähnten Zuschläge zu gewähren und zwar auf Stundenlöhne 25 Prozent, auf Gesindelöhne 30 Prozent. Auf den hieraus sich ergebenden höheren Barlohn ist vom 1. August für die noch restlichen Erntewochen der 15prozentige Erntezuschlag zu gewähren.

Oschatz. Hier wurde ein Mieterverein gegründet.

* Dresden. Am 27. Juli fand in den Vormittagsstunden eine Explosion in einem Hintergebäude des Grundstücks Pillnitzer Str. 50 statt. Seit vier Wochen betrieb dort der Fabrikant Max Sonntag die Herstellung von Streichhölzern. Als Dienstag morgen eine mit dem Einpacken der Streichholzpäckchen beschäftigte Arbeiterin ein Paket unter einem anderen hervorzog, entstand durch die Reibung eine Explosion, die sofort den ganzen Raum in Brand setzte, wodurch fünf dort beschäftigte Personen leicht und vier schwer, davon eine lebensgefährlich, verletzt wurden. Zu dem Betrieb lag die erforderliche Genehmigung noch nicht vor, weshalb sich der Inhaber wegen des Unglücksfalles zu verantworten haben wird.

Bischofswerda. Die Frage, ob ein Richter wegen Zugehörigkeit zu einer politischen Partei und politischer Betätigung in derselben als befangen im Prozeß angesehen werden kann, spielt in einem auch aus anderen Gründen interessanten Prozeß eine Rolle, der gegenwärtig vor dem Schöffengericht Bischofswerda geführt wird und ein Monstreprozeß ist, da nicht weniger als 100 Personen auf der Anklagebank sitzen. Es sind Einwohner des Ortes Frankenthal, die die von der sächsischen Regierung verfügte Ablieferung des Schweineviertels verweigert haben und sich daher gerichtlich zu verantworten haben. Zu Beginn der Verhandlung erklärte der Verteidiger der Angeklagten, Heinemann, Dresden, daß die Angeklagten in corpore den Vorsitzenden, Amtsgerichtsrat Dr. de Gucherry, als befangen ablehnten. Er begründete das damit, daß dieser als Schriftführer der deutsch-demokratischen Partei wiederholt in der Oeffentlichkeit politisch hervorgetreten sei, also politisch anders gerichtet sei als die Angeklagten, welche Landwirte seien. Im vorliegenden Falle handele es sich um ein politisches Vergehen, bei solchen sei die politische Gesinnung des Richters aber oft von Einfluß auf die Bemessung der Strafhöhe. Das habe der Vorsitzende bereits in dem Prozeß gegen den Landwirt und Vertrauensmann der Amtshauptmannschaft Bautzen, Gräfe aus Taschendorf, gezeigt, wo er die ausgeworfene Strafe im Hauptverfahren verdoppelt habe. Außerdem habe der Vorsitzende die Hetze gegen den „Sächsischen Erzähler", der die Interessen der Landwirte vertritt, mitgemacht, indem er die Staatsbehörden ersucht habe, dem Blatte den Amtsblattcharakter zu entziehen nach dem Vorgehen der Sozialdemokraten und Demokraten im Bischofswerdaer Stadtparlament. Dr. de Gucherry erklärte, daß er nicht befangen sei und als Richter die Pflicht habe, den Prozeß zu führen, seine politische Ueberzeugung gehöre nicht zum Tatbestand der hier zu verurteilenden Tat. Gegen den „Sächsischen Erzähler" sei er als Privatperson vorgegangen, was nicht verfassungswidrig sei. Die Verhandlung wurde vertagt, bis das Landgericht Bautzen über die Ablehnung des Vorsitzenden entschieden haben wird.

* Kamenz. Die Stadtverordneten nahmen einen Antrag der bürgerlichen Parteien zur Wiederanbringung der ohne Gehör der Stadtverordneten aus dem Sitzungssaal entfernten Fürstenbilder und Büsten mit 11 gegen 8 Stimmen an.

* Neugersdorf. Ein erst vorige Woche aus der Landesanstalt entlassener Destillateur Ernst Thomas von hier entfernte sich wieder von seiner Wohnung, um angeblich Geschäftsgänge zu erledigen. Er ist nicht zurückgekehrt. Von Arbeitern wurde er in den Lawalder Wäldern erhängt aufgefunden.

Schneeberg. Ende voriger Woche hat auch in hiesiger Gegend der Roggenschnitt begonnen, etwa 14 Tage eher als gewöhnlich. Gleich der Heuernte wird auch die diesjährige Getreideernte einen reichen Ertrag bringen.

Dittmannsdorf bei Sayda. Auf dem auf hiesiger Flur gelegenen Rittergutsteiche wurden von dem Bisamjäger Hauer drei große Bisamratten erlegt. Es wurden von ihm noch mehr der äußerst schädlichen Tiere bemerkt.

)(Leipzig. Auf dem Lindentaler Exerzierplatze brachten drei junge Leute einen aufgefundenen Minenblindgänger zur Explosion. Hierbei wurden zwei von ihnen so schwer verletzt, daß sie bald darauf starben. Der dritte liegt hoffnungslos darnieder.

* * *

* Grillenburg. Am Sonntag nachmittag ertrank beim Baden im Seerenteich der 23 Jahre alte Kaufmann Paul Gückel aus Dresden. Der junge Mann litt an Krämpfen und hat wahrscheinlich beim Baden einen solchen Anfall erlitten.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 28. Juli 1920.

Ein Abkommen der U. S. P. mit der Sowjetregierung.

)(Magdeburg. Die „Magdeb. Ztg." berichtet: Ein Kurier hat ein Exemplar einer Uebereinkunft, die in Memel am 17. Juli zwischen dem Abgesandten der Sowjetregierung, dem Vorsitzenden der U. S. P. D. Hilferding und Dr. Levy abgeschlossen worden ist, nach Magdeburg überbracht. In dem Bericht heißt es u. a.:

Nach Ueberschreitung der Grenze durch die Sowjettruppen wird sofort die bolschewistische Republik, vorerst in Königsberg, Tilsit, Danzig, Breslau, Stettin, Frankfurt a. O., Ratibor, Gleiwitz, Köslin und Stralsund ausgerufen. Diese Städte und das dazwischen liegende Gebiet dienen als Operationsbasis und Aufmarschgelände der sich sammelnden deutschen roten Armee, die unter russisches Kommando gestellt wird. Kommandierender ist General Jantscheff. Sämtliche Industriebetriebe gehen sofort in den Besitz des Staats über. Bäckereien, Fleischereien und Konsumvereine werden Staatsbetriebe. Lebensmittel jeder Art gelten als beschlagnahmt für Zivil und Militär. Lebensmittelzuschüsse werden aus der polnischen Ernte entnommen, die zu zwei Dritteln nach Deutschland gebracht wird. Den Sicherheitsdienst übernehmen mit der Polizei kommunistische Ordnungstruppen, die aus Leuten der deutschen Bataillone der roten Armee bestehen, die bereits in Rußland bei der Roten Armee gekämpft haben. Die russische Armee schützt das Proletariat vor Ausbeutung durch das Unternehmertum und sammelt um sich alle freiheitlich gesinnten Arbeiter, die zwangsweise zu Arbeiterbataillonen zusammengestellt werden. Mit Waffengewalt rottet sie alles vor sich aus, was sich dem Proletariat entgegenstellt.

Deutschland auf der Donaukonferenz vertreten.

)(Berlin. In der am 2. August zusammentretenden internationalen Donaukonferenz, die die Aufgabe hat, gemäß Art. 348 des Friedensvertrages die Donau-Ordnung zu schaffen, werden die beteiligten Mächte bevollmächtigte Vertreter entsenden. Deutschland ist aufgefordert worden, sich ebenfalls vertreten zu lassen. Zum deutschen Bevollmächtigten ist der Gesandte Dr. Seeliger ernannt worden.

Neue Streikbewegung?

* Frankfurt a. M. Ueber die Verhältnisse bei den Leunawerken, die ungefähr 20000 Arbeiter beschäftigen und wo gestern früh ein Streik ausbrach, erfährt die „Frankf. Zeitung" von ihrem Korrespondenten aus Halle, daß dieser Lohnbewegung besondere Bedeutung zukommt, da eine Betriebsrätekonferenz, die von der Belegschaft in Zossen einberufen wurde und die Beteiligung von Vertretern der chemischen Fabriken aus allen Teilen Deutschlands gefunden hatte, ausdrücklich beschloß, allen Belegschaften im Reiche die gleichen Forderungen zu emp-

pfehlen und gemeinsam ihre Durchführung zu erzwingen. Unlängst hatte erst die Belegschaft der Leunawerke durchgedrückt, daß ihnen der Steuerabzugsbetrag nicht vom Lohn abgezogen wird. Jetzt verlangen sie Lohnzuschüsse von ungefähr 25 Prozent und Zusagen für den Fall von Betriebseinschränkungen sowie eine Kontrolle der Produktion selbst.

Der Ausstand im Melniker Bezirk.

)(**Prag.** Wie die „Bohemia" meldet, hat im Melniker Bezirk der Gesamtausstand begonnen, der sich nach dem „Czas" aber nur über den vierten Teil des Bezirks erstreckt. Bisher seien 20 Personen verhaftet worden.

Deutschland und der Völkerbund.

)(**Haag.** Der „Nieuwe Courant" meldet aus London: Im Unterhause erklärte Lloyd George in Erwiderung auf eine Anfrage betr. den Zeitpunkt des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, wenn Deutschland tatsächlich zeige, daß es sein Bestes tun wolle, um die Bestimmungen des Friedensvertrages über Entwaffnung und Kohlenlieferungen auszuführen, so zweifle er nicht daran, daß eine Einladung zum Beitritt zum Völkerbunde in kürzester Frist an es ergehen werde.

Belohnungen für englische Schiffsbesatzungen.

)(**Rotterdam.** Der englische Prisengerichtshof hat gestern einen Betrag von 22 585 Pfd. Sterling den Besatzungen von 159 Schiffen der englischen Flotte zuerkannt, die an der Schlacht bei Jütland teilgenommen haben.

Die Bolschewisten wollen am Freitag mit den Waffenstillstandsverhandlungen beginnen.

)(**London.** Bonar Law erklärte im Unterhause, die englische Regierung unterhalte jetzt keine Beziehungen zu General Wrangel und müsse direkt mit der Sowjet-Regierung verhandeln. Die Bolschewisten hätten sich endlich bereit erklärt, am nächsten Freitag mit den Waffenstillstandsverhandlungen zu beginnen.

Die Besprechungen in Boulogne.

)(**London.** Gleichzeitig mit der Boulogner Besprechung wird ein Meinungsaustausch mit der italienischen Regierung vor sich gehen, um ihre Stellungnahme kennen zu lernen und eine übereinstimmende Politik zu ermöglichen.

)(**Boulogne.** Lloyd George und die britischen Delegierten sind gestern abend um 6½ Uhr an Bord eines Torpedobootes nach England zurückgekehrt.

Sport.

Der Schwimm-Rekord einer Dame. Den Schweizer Frauenrekord im Entfernungsschwimmen hat eine Lehrerin der Körperkultur, Margarethe Fuchs aus Lausanne, errungen, indem sie quer durch den Genfer See von Evian bis Lutry in 10½ Stunde schwamm. Die Entfernung von Evian bis Lutry beträgt etwa 15 Kilometer, doch mußte sie durch einen plötzlichen Wetterumschlag wegen der starken Strömung ihren Weg ändern und einen Umweg von drei Kilometern machen. Während des ganzen Schwimmens berührte die Dame nicht das neben ihr fahrende Boot und kam in vortrefflichem Zustand am Endziel an.

Zwei Schlüssel, gez. Riesaer Bank Nr. 9, **verloren.** Gegen Bel. abzg. **Goethestr. 37**, 2. l.

Wagenkapsel verloren. Abzugeben **Bruchstr. 1.**

Jüng. Kaufmann sucht per sofort **möbl. Zimmer** mit voller Pension, wo evtl. Klavierbenutzung gestattet ist. Gefl. Offerten u. X A 5498 an das Tageblatt Riesa.

Möbl. Zimmer zum 1. August **gesucht.** Angebote unter H A 4583 an das Tageblatt Riesa.

Ruhiges möbl. Zimmer von Beamten zu miet. ges. Ang. u. Q A 5491 an das Tgbl. Riesa.

10000 Mark sucht per sofort gegen gute Sicherheit. Off. unt. U A 5495 an das Tgbl. Riesa erbeten.

4—5000 M. sucht arbeitsamer Geschäftsmann gegen hohe Zinsen auf 6 Monate. Werte Off. unt. Y A 5499 an das Tgbl. Riesa.

Suche einen zukünftigen Schwiegersohn aus einer kleinen Stadt oder vom Lande. Meine Tochter, 20 Jahre alt, gesund, blond, 165 groß, guterzogen, diente anfangs bei Landwirt, jetzt bei Herrschaft, soll bei späterer Verheiratung eine einfache Ausstattung u. ca. 7000 M. zum Kauf oder Anzahlung eines Grundstücks vom Vater, der Hausbesitzer ist, Musik betreibt usw., bekommen. Bewerber bitte Lebenslauf mit Photographie und Rückportospesen an **Frau Anna Mann, Dresden-N.**, Oschatzer Straße 21, 2. senden.

Junger Herr sucht in Riesa od. Umg. die Bekanntschaft eines einfachen Mädchens im Alter bis 25 Jahren (junge Kriegerswitwe m. Kind nicht ausgeschlossen) zwecks spät. **Heirat.** Offerten unter R A 5492 an das Tageblatt Riesa.

Frl. m. g. Aussteuer, 30 J., angen. Ersch., sucht d. Bek. eines Herrn m. gut. Charakter i. A. v. 35 bis 40 J. zwecks **Heirat.** Offerten mit Bild erb. unter S A 5493 an das Tgbl. Riesa.

Reell. Professionist, 25 J., leicht kriegsbeschäd. (Nichttänzer), wünscht, da es ihm an Damenbekanntschaft fehlt, eine j. Dame im Alter v. 20—23 J. **zwecks Heirat** kennen zu lernen. Angebote unter W A 5497 an das Tageblatt Riesa.

Viele verm. Damen wünsch. sich bald glückl. zu verheirat. Herren, wenn auch ohne Verm. erhalt. sofort Auskunft durch „**Union**"-Berlin, Postamt 37.

Frl. 30 J., i. Haushalt sehr erfahren, sucht pass. Wirkungskreis, a. l. i. kranent. Haushalt. Off. unt. T A 5494 an das Tgbl. Riesa erbeten.

Junges Mädchen im Schreiben und Rechnen gut bewand., **sucht Beschäftigung** im Kontor od. Geschäft. Angebote unter V A 5496 an das Tageblatt Riesa.

Pfarrhaus Dörschnitz b. Lommatzsch (Stat. Prausitz) sucht f. 1. Sept. od. spät. nicht zu jung. **Hausmädchen** wegen Verheirata. des jetzigen. Vorstellg. Sonnabd. o. Sonntg. erb.

Schulmädchen von 11—12 Jahren zur Aufwartung ab 1. August gesucht **Hauptstr. 3**, 2. l.

Eine Großmagd, die melken kann, f. 15. August eventl. auch für sofort, gesucht. **Heinze, Dörschnitz.**

Aelterer Mann z. Ausbessern v. Fässern und Kisten wird sofort gesucht. **Gustav Grünberg Nachf.**, Schillerstr. 7a.

Jedermann kann sof. den aussichtsreichen **Kraftwagenführerberuf** erlernen. Verlangen Sie kostenlos Prospekt von der **Automobillehranstalt Hugo Maye, Halle a. S.**, Merseburger Str. 95a.

Eine tragende Kalbe zu verkaufen in **Nr. 37 Berit.**

Kleiner Hund, wachsam und stubenrein, zu **verkaufen.** Zu erfragen im Tageblatt Riesa.

Von heute ab stellen wir einen frischen Transport bayrischer **Gangochsen und Stiere** zum Verkauf.
Hochachtungsvoll
Robert Gültner & Sohn, Viehhandlung, Roßwein
Schützenstraße 26 — Telefon 269.

Abstimmungsberechtigte Oberschlesier meldet Euch im Auskunfts-Kontor bei **Paul Peschke**, Holzhandlung, a. Schlachthof.

Wir empfehlen: **Prima Fahrrad-Mäntel, -Schläuche, Gummiringe** für Konserven, **Kinderwagenreifen Fußballblasen** Gummiringe f. Separatoren
Franz & Emil Müller Maschinenhandlung Merzdorf, Fernspr. Riesa 506 Riesa, K.-W.-Pl., Fspr. 731.

12 Steingutfutterträge 90 cm lang, glasiert, vollständig neu, sofort, auch einzeln, verkäuflich. **Ing. M. Wohlfahrt,** Oschatz. Telefon 156.

Herren-Sommermantel, Waffenrock, Halbstiefel, 29, verkauft Bismarckstr. 11, 3.

Sommer-Ueberzieher, neu, mittl. Statur, f. 200 M. zu verkaufen **K.-F.-J. Str. 6, p.**

Getrag. dickes Winterjackett mit Pelzkragen, schw. Regenmantel u. 1 Paar Lackhalbschuhe zu verkaufen. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

1 Paar neue Militärstiefel Größe 29 G, zu verkaufen. Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Ein Paar neue elegante **Herrenschnürstiefel** Größe Nr. 44 sind billig zu verkaufen **Gröba**, Oschatzer Str. 23, 2. l.

Guterhalten. Kinderwagen m. G. (Preis 100 M.) z. verk. Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Kinderwagen (280 Mark) zu verkaufen. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Gebrauchter, noch guterhaltener größerer **Reisekoffer** zu kaufen gesucht. Werte Angeb. mit Preisangabe unt. Z A 5500 an das Tabl. Riesa.

100 Schock Strohseile verkauft **Boritz Nr. 14.**

Neue Bohnen- und Krautschneidemaschinen billig zu verkaufen bei **Schröter**, Schulstr. 1, 1. r.

Zur Aufklärung.

Die Konkursverwaltung der Zigarrenhandlung **Willy Eller**, Wettinerstr., hat im Laden **Plakate** ausgehängt **„Ermäßigte Preise"**. Diese Ankündigung entspricht nicht den Tatsachen. Die verehrte Kundschaft soll dadurch irregeführt werden. Die in dem Konkursgeschäfte entnommenen Waren werden zu denselben Preisen verkauft, wie solche in den einschlägigen Spezialgeschäften ebenfalls zu haben sind. Weitere Schritte sind in dieser Sache bereits unternommen.
Vereinigung der Zigarren-Spezialgeschäftsinhaber Riesas.

Verein „Treue Freundschaft" Gröba. Sonnabend, den 31. Juli 1920, abends 8 Uhr im **Gasthof zu Merzdorf** **Nachfeier vom Stiftungsfest.** Alle zum Stiftungsfest eingeladen gewesene Gäste sind hierzu herzlichst willkommen.

Versammlung. Freitag, den 30. Juli, abends 8 Uhr, lade zu einer Besprechung betreffs Flurschutz alle Interessenten in den Gasthof zum Anker in Riesa ein. **Der Vorstand.** Oskar Hofmann.

Roßschlächterei Riesa Schützenstr. Fortsetzung des Rossfleischverkaufs. **Otto Gundermann.**

Pa. Stichtorf liefern bei sofortiger Bestellung billigst ab Waggon **A. G. Hering & Co. Tel. 130.**

Hotel Stadt Dresden. Donnerstag, den 29. Juli, bleibt mein Geschäft von nachmittag ½2 Uhr an geschlossen. **Franz Kuhnert.**

Für die vielen Geschenke und Glückwünsche, die uns anläßlich unserer Vermählung zuteil wurden, sagen wir hierdurch **herzlichsten Dank.**
Dresden, im Juli 1920.
Ober-Stadtsekretär **Hermann Zimmer** und Frau Hilma geb. Nitsche.

Nachruf.
Nach langem, schweren Leiden, das sie mit größter Geduld getragen und von dem sie bis zuletzt noch Erlösung gehofft, starb uns unsere liebe Klassenschwester
Lisbeth Frida Goltzsche
kurz bevor sie das Ziel der Schule erreichte.
Wir trauern mit ihren lieben Eltern und werden unserer guten Freundin ein dauerndes Andenken bewahren.
Die Schulkinder der Schule zu Prausitz.

Für die zahlreichen, wohltuenden Beweise liebevoller Teilnahme, die uns beim Heimgange meines heissgeliebten, unvergesslichen Gatten, unsers lieben Bruders, Schwiegersohnes, Schwagers und Onkels
Arthur Eckelmann
erwiesen worden sind, sprechen wir unsern herzlichsten, tiefempfundenen Dank aus.
Pausitz, den 26. Juli 1920.
Olga Eckelmann
im Namen aller Hinterbliebenen.

In tiefer Trauer geben wir bekannt, dass unsere herzlichgeliebte, treusorgende, gute Mutter
Frau Caroline verw. Frommhold
geb. Pohlers
gestern nachmittag ½3 Uhr nach schwerer Krankheit von uns gegangen ist.
Im Namen unserer Geschwister und Verwandten
Johanna Radicke geb. Frommhold
Hedwig Justin geb. Frommhold
Curt Justin
Gustav Radicke.
Riesa, Goethestrasse 52, den 28. Juli 1920.
Die Beerdigung erfolgt Freitag nachmittag ½3 Uhr von der Friedhofshalle aus.

Radikale Vernichtung v. Wanz. i. Brut, Schwaben, Russen usw. mittels saub. Vergasungsverfahren. Tausendfach bewährt. Offert. unter **Kammerjäger Gödel** an das Tabl. Riesa erbeten.

Reinhold Saalbach Heilkundiger **Liebenwerda.** Ich bin Dienstag, 3. August von 8 bis 2 Uhr im Hotel Kronprinz Riesa z. sprechen.

Fahrräder- Nähmaschinen- Reparaturen aller Art. Reparaturwerkstätten für Separatoren. **Franz & Emil Müller** Maschinenhandlung Merzdorf, Fernspr. Riesa 506 Riesa, K.-W.-Pl., Fspr. 731.

Bei Schlaflosigkeit, nervöser Ueberreiztheit durch Berufsarbeit, nervösem Herzklopfen, nervösen Kopfschmerzen, Neurasthenie, Epilepsie, Neurasthenie nehme man **Dracfels Brombaldrianelixier.** Flasche 7.50. Fabrikant und Vertrieb **Apotheker Dracfel, Erfurt.** Zu haben in **Gröba a. E.** in der **Anker-Apotheke.**

Ges. Rohkohle trocken u. markenfrei, Kistenholz verkauft täglich billigst **M. Gumlich.**

Gurken z. billigst. Tagespreis offeriert **Gärtnerei Gostewitz.**

Preißelbeeren Pfund 2.50 M. **Herbst, Hauptstr. 18.**

Aepfel, Birnen und Pflaumen kauft zu höchstem Tagespreis **Paul Geißler,** Langenberg Nr. 28. Karte genügt. Bole selbst ab.

Aepfel u. Birnen kauft jedes Quantum **H. Gruhle,** Bismarckstr. 35a. Telef. 652.

Käse empfiehlt billigst kistenweise **H. Gruhle,** Bismarckstr. 35a. Telef. 652.

Morgen früh trifft hochfeiner **Schellfisch** frisch auf Eis ein. **Ernst Schäfer Nachf.**

Morgen Donnerstag früh **ff. Schellfisch.** **Clemens Bürger.**

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, besonders für den reichen Blumenschmuck beim Heimgange unseres kleinen Lieblings sagen wir hierdurch unsern **herzlichsten Dank.**
Gröba, am Begräbnistage.
In tiefem Schmerze
Paul Händler und Frau Martha geb. Höfer.

Am 26. 7. abends 11[30] Uhr entschlief sanft und ruhig nach langen Leiden meine gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Urgroßmutter, Schwägerin und Schwester
Henriette verw. Hofmann
im Alter von fast 78 Jahren.
Merzdorf, d. 27. 7. 20.
In stiller Trauer
Familie O. Hofmann.
Beerdigung findet Freitag nachm. 5 Uhr von der Halle in Gröba aus statt.

Die heutige Nr. umfaßt 6 Seiten.